



Eingeschlagene Scheibe und Buttersäure

Bergheim. Zu einem rätselhaften Fall wurden Polizei und Feuerwehr gestern in der Bergheimer Fußgängerzone gerufen. Ein oder mehrere bislang unbekannte Täter haben in der Nacht zum Dienstag die Fensterscheibe eines Friseurgeschäfts eingeschlagen. Polizeibeamte nahmen den Fall auf und erstatteten Anzeige gegen unbekannt. Gegen 11 Uhr meldete der Inhaber des Ladens dann laut Polizeibericht eine starke Geruchs-

belästigung, was einen Feuerwehreinsatz auslöste. Zwei Behälter mit Buttersäure wurden sichergestellt, ausgelaufene Säure wurde gebunden. Der Friseursalon musste vorerst geschlossen werden. Der Leiter der Bergheimer Feuerwehr, Torsten Flemm, begründete die Einsatzdauer bis in den Nachmittag hinein mit den bei der ermittelten Chemikalie notwendigen Sicherheitsmaßnahmen. Nur unter schwerem Atemschutz

konnten die Substanzen geborgen werden. Acht Personen, Beschäftigte des Salons und Hausbewohner, die mit der Chemikalie in Berührung gekommen waren, wurden vorsorglich zur Untersuchung ins Krankenhaus gebracht. Ob zwischen dem Einbruch und der Chemikalie ein Zusammenhang besteht, ermittelt die Polizei derzeit. Sie bittet daher Zeugen, sich unter 02233/520 zu melden. (fun)

Foto: Funken

Spaß ist die beste Bestätigung

Delfinfreunde der Caritas finanzieren Vorschulkindern einen Schwimmkurs

VON WOLFRAM KÄMPF

Brühl. Montags geht es ins Schwimmbad. Das haben die neun Vorschulkinder der katholischen Kita St. Matthäus in Brühl-Vochem längst verinnerlicht. „Und sie freuen sich jedes Mal darauf“, erklärt Kita-Leiterin Susanne Weisgerber, in deren Einrichtung 44 Kinder mit zehn unterschiedlichen Nationalitäten betreut werden.

Möglich macht den Besuch des Schwimmkurses die Initiative Delfinfreunde der Caritas und der Sozialstiftung der Kreissparkasse Köln. Fahrtkosten, Schwimmlehrer und das nötige Equipment werden gestellt.

Für die Eltern der Fünf- bis Sechsjährigen entstehen keine Kosten.

„Uns geht es darum, Kindern gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, die in weniger gut situierten Familien aufwachsen“, sagt Markus Harmann, Sprecher des Diözesan-Caritasverband Köln. Ob ein Kind schwimmen lerne oder nicht, hänge stark vom Geldbeutel seiner Eltern ab. Das Geld für den Eintritt oder den Besuch eines Schwimmkurses könne bei weitem nicht jeder aufbringen.

Die Verantwortlichen der Caritas zitierten eine Studie, laut der inzwischen 60 Prozent der Sechs- bis Zehnjährigen in Deutschland keine sicheren Schwimmer seien. Weisgerber nennt noch einen anderen Grund für diesen in manchen Fällen durchaus gefährlichen Umstand: „Vor allem Kindern mit Migrationshintergrund bleibt der Zugang zu Schwimmbädern aus kulturellen Gründen häufig verwehrt.“

Die Teilnehmer an den Kursen werden dennoch nicht gezielt ausgewählt. Alle Vorschü-



Die Caritas bietet Schwimmkurse für Kita-Kinder an und übernimmt die Kosten.

Foto: Kämpf

Neue Mitarbeiter begrüßt

Viele neue Gesichter hat der Caritas-Verband Rhein-Erft zwischen Oktober 2018 und März 2019 begrüßt. Jetzt wurden die neuen Mitarbeiter bei einer Veranstaltung in Hürth von Vorstandsmitglied Petra Rixgens empfangen. Die Neuen tun ihren Dienst in der ambulanten und stationären Pflege sowie in der Familien-, Kinder- und Jugendhilfe. Weitere Neueinstellungen gab es auch in der Verwaltung und bei den Beratungsstellen. (fun)



Begrüßte die neuen Mitarbeiter bei der Einführungsveranstaltung: Vorstandsmitglied Petra Rixgens.

Foto: Alois Müller

ler können bei dem Projekt mitmachen, um nach insgesamt 20 Unterrichtsstunden mit dem Seepferdchen ein erstes Schwimmabzeichen zu ergattern. Damit vermeide man es, den Kindern aus weniger gut betuchten Familien einen Stempel zu verpassen, so die Organisatoren.

Finanziert werden die Del-

finfreunde im Rhein-Erft-Kreis von der Sozialstiftung der Kreissparkasse Köln. Man stelle eine fünfstellige Summe bereit, erklärte Christian Brand, Geschäftsführer der Stiftungen der Kreissparkasse Köln.

Der Spaß, den die Kleinen offensichtlich im Wasser hätten, sei die beste Bestätigung, mit diesem Engagement richtig zu

liegen. In diesem Jahr werden noch zwei Kitas in Kerpen und Bedburg von der Initiative profitieren, die nicht auf katholische Einrichtungen beschränkt ist. Interessenten zu finden, sei kein Problem, erklärte Harmann, die Organisation scheitere aber häufig an mangelnden Kapazitäten in öffentlichen Schwimmbädern.

Schwere Vorwürfe gegen das Jugendamt

Kerpener Behörde soll für Kindstod verantwortlich sein

VON WILFRIED MEISEN

Kerpen. Vorwürfen eines Mitgliedes des „Deutschen Heimkinderverbandes“ sieht sich das Kerpener Jugendamt ausgesetzt. Johannes Schumacher behauptet, dass Jugendamt habe eine zweifache junge Mutter, die wieder schwanger war, so unter Druck gesetzt, dass sie nun im sechsten Schwangerschaftsmonat ihre Mutter sei „immer wieder angekündigt“ worden, „dass man ihr das Kind schon im Kreissaal“ wegnehmen werde. Da habe „das Herz“ des ungeborenen Kindes, „aufgehört zu schlagen“.

Bei den Vorwürfen ist Vorsicht geboten: Nicht nur weil die Stadt Kerpen sie als unberechtigt zurückweist. Auch der Heimkinderverband selbst will die Aussagen Schumachers so nicht bestätigen: Man könne nicht sagen, was wirklich für den Tod des ungeborenen Kindes ausschlaggebend gewesen sei, so Bernd Rohlf, Vorsitzender des eingetragenen Vereins mit Sitz in Borchum.

Dennoch sehe auch der Heimkinderverband den Fall der jungen Mutter kritisch. Generell wirft der Heimkinderverband Jugendämtern in Deutschland vor, zu schnell und zu oft Kinder ihren leiblichen Eltern wegzunehmen und in Heimen oder in Pflegefamilien „fremdunterzubringen“.

Keine Stellungnahme

Die Stadt Kerpen betont, aus datenschutzrechtlichen Gründen zu dem Fall näher nicht Stellung nehmen zu können. Doch wird darauf hingewiesen, dass man als Jugendamt grundsätzlich immer zuerst das Kindeswohl im Auge behalten müsse. Es gebe in der Sache Entscheidungen des Familiengerichtes und Gutachten, auf die man sich stütze.

Die junge Mutter erzählt ihre Geschichte so: Schon die ersten beiden Kinder habe ihr das Jugendamt weggenommen. „Der Kontakt ist erstmal unterbrochen. Ich hätte die Kinder gern selbst großgezogen.“ Das Ju-

gendamt sei der Meinung, dass sie nicht reif genug für die Kindererziehung sei. So solle sie nur den Intelligenzquotienten eines jungen Menschen von „neun bis zwölf Jahren“ haben.

Die junge Frau hat zusätzlich noch eine seltene Skeletterkrankung, weshalb die Geburt des zweiten Kindes schon äußerst schwierig verlaufen war.

Sie glaubt aber dennoch, Kinder aufziehen zu können und wünscht sich das auch. „Ich mache meine Arzttermine selbst und versuche Geld zu verdienen, um meinen Anwalt zu bezahlen.“ Sie bietet im Internet Schnullerketten zum Verkauf an.

Einen Vormund hat die junge Frau nicht. Allerdings gebe es beim Amtsgericht Kerpen ein „Betreuungsverfahren“ mit dem Ziel, für sie einen Vormund einzusetzen. Das berichtet ihr Anwalt Bernd Lüdicke aus Elsdorf. Er weist darauf hin, dass dieses Verfahren und ein weiteres über die Unterbringung der beiden ersten Kinder noch nicht abgeschlossen sind.

Grenzwertiger Fall

Der Fall sei „sehr problematisch“ und „grenzwertig“, so Lüdicke. Laut Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes dürfe einer Mutter ihr Kind nur dann weggenommen werden, „wenn es gar keine andere Möglichkeit mehr gibt“.

Zudem hätten auch behinderte Menschen oder solche mit Intelligenzminderung in einer freiheitlichen Gesellschaft, ein Recht darauf, „Kinder zu bekommen und großzuziehen“.

Auch gehöre es zum „Lebensrisiko“ eines Kindes, möglicherweise in nicht so optimale Verhältnisse hineingeboren zu werden.

Es stelle sich deshalb die Frage, ob das Jugendamt die Kindsmutter optimal unterstützt habe. Beispielsweise sei die Unterbringung in einer Mutter-Kind-Einrichtung speziell für behinderte Mütter denkbar.

Hier seien bisher noch nicht alle Möglichkeiten zu 100 Prozent ausgeschöpft worden.

RWE geht früh gegen Aktivisten vor

Ende-Gelände-Sprecherin Henneberger erhielt vom Unternehmen Hausverbot

VON WILFRIED MEISEN

Rhein-Erft-Kreis. Im Juni hat das kohlekritische Bündnis Ende Gelände wieder massenhafte „Aktionen des zivilen Ungehorsams“ im Rheinischen Revier angekündigt. Der Schwerpunkt soll diesmal am Tagebau Garzweiler liegen. Schon im Vorfeld der Aktionen beklagt sich Ende Gelände-Sprecherin Kathrin Henneberger nun über Versuche des Unternehmens RWE, sie „einzuschüchtern“ und „muntot“ zu machen.

So habe RWE ihr „Hausverbot“ erteilt und eine Unterlassungserklärung eingefordert, mit der sie sich ver-

pflichten würde, kein RWE-Betriebsgelände zu betreten.

RWE-Sprecher Guido Steffen weist die Vorwürfe zurück. Es gehe nicht darum, Henneberger einzuschüchtern oder mundtot zu machen.

Da sie in einer Rede vor der RWE-Hauptversammlung in Essen aber öffentlich eingeräumt habe, schon einmal ohne Erlaubnis auf Betriebsgelände von RWE eingedrungen zu sein, wolle man eine Wiederholung verhindern.

Dies mache man bei allen Aktivisten, die schon einmal widerrechtlich Betriebsgelände betreten hätten und als solche auch identifiziert worden seien.